

ERSPART UNS DAS! NEIN ZUR SCHULDENBREMSE.



Irrtum 1:

Die Staatsausgaben sind in den letzten Jahren explodiert.
Hessen hat über seine Verhältnisse gelebt!
Wir brauchen die Schuldenbremse in der Verfassung, weil sie Grenzen setzt.

FALSCH!

Weder in Deutschland noch in Hessen sind die Staatsausgaben in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Bei der wachsenden Staatsverschuldung haben wir es nicht mit einem Problem zu hoher Ausgaben, sondern mit einem Problem zu geringer Einnahmen zu tun.

Die Schuldenbremse ist daher unnötig und kontraproduktiv. Es gilt vielmehr, die Einnahmenseite zu stärken und öffentliche Haushalte endlich adäquat finanziell auszustatten, damit unser Wohlstand gut verteilt wird.

- Berücksichtigt man die Inflationsrate sind die Ausgaben in Deutschland sogar um durchschnittlich 0,2 Prozent zurückgegangen. Durch massive Kürzungen in den Bereichen: Soziales, Umwelt, Bildung und Infrastruktur stiegen die Ausgaben in Hessen zwischen 1998 und 2008 real um nur durchschnittlich 0,8 Prozent.
- Vielmehr sorgten wiederholte Steuersenkungen, etwa bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Erbschaftsteuer sowie die restriktive Ausgabenpolitik für massive Einnahmeausfälle in den öffentlichen Haushalten. Mit den entgangenen Einnahmen der Jahre 2000 bis 2010 hätte Hessen in 2010 fast 30 Prozent seiner Schulden tilgen können.
- Von den Steuersenkungen profitieren vorwiegend Gutverdienende, Vermögende und Unternehmen. Gekürzt wird dagegen vor allem im sozialen Bereich. Auch die zunehmende prekäre Beschäftigung wirkt sich negativ auf die Steuereinnahmen aus und immer mehr Menschen sind auf staatliche Leistungen angewiesen. Die ungleiche Einkommensverteilung führt zu höheren Sozialausgaben und niedrigeren Steuereinnahmen.



NEIN AM 27. MÄRZ BEI DER VOLKSABSTIMMUNG!

Bei der Volksabstimmung am 27. März wird entschieden, ob das Schuldenverbot in der hessischen Landesverfassung verankert wird. Konkret heißt das: keine neuen Kredite für das Land ab 2020. Wir wollen Hessen nicht lahm legen und sagen deshalb: Nein zur Schuldenbremse! Staatliche Leistungen für Kinderbetreuung, Bildung, öffentliche Sicherheit und kommunale Infrastruktur dürfen nicht ausgebremst werden.

www.gerecht-geht-anders-hessen.de

www.handlungsfahiges-hessen.de